

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, Rud. Wölfe; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haagenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1½ Uhr Nachm.

Paris, 25. März. Ein kaiserliches Dekret ernannt den Kriegsminister, Divisionsgeneral Leboeuf, zum Marschall. Der „Constitutionnel“ meldet, daß gestern die Antwort der römischen Curie hier eingetroffen sei.

Tours, 25. März. Die Plaidohers im Prozeß gegen Peter Bonaparte haben begonnen. Der Gerichtshof verurteilte Fonvielle wegen seinen gefährlichen Äußerungen zu zehntätigem Gefängnis.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Stuttgart, 24. März. Die Leitung des Cultusministeriums wurde interimistisch dem Oberregierungsrath Römer übertragen.

Paris, 24. März. Der „Agence Havas“ wird aus Rom vom 23. gemeldet: Das Antwortschreiben auf die Depesche des Grafen Daru, welches der Papst selber abgefaßt hat, ist nunmehr nach Paris abgegangen. Das Concil beschäftigt sich seit Wiederaufnahme der Congregationen mit dem Schema über die andersgläubige Philosophie. Die Beschlüsse sollen am Ostermontag veröffentlicht werden.

Der gesetzgebende Körper nahm hente den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Sicherheitsgesetzes, sowie des Ausnahmegesetzes vom Juli 1852 mit Stimmeneinhelligkeit an.

Tours, 24. März. Prozeß Peter Bonaparte. Fortsetzung des Beugenverhörs. Mehrere Zeugen er härteten den streitsüchtigen Charakter Noirs. Anläßlich des Benehmens des Prinzen Peter bei einem früheren Vorfall wird ein lebhafter Wortwechsel zwischen dem Prinzen und dem Advo laten Laurier geführt. Fonvielle ruft dazwischen: „Sie haben Noir feige ermordet!“ Die Sitzung wird unterbrochen, der Generalprokurator fordert, daß Fonvielle aus dem Sitzungssaale entfernt werde.

27. Sitzung des Reichstages am 24. März.

Vizepräsident Herzog v. Ujest eröffnet die Verhandlung. Der Antrag Löwe's, betr. die Aufhebung des bei dem Stadtgericht zu Berlin gegen den Abg. Dr. Hirsch anhängigen Strafverfahrens, in welchem auf den 2. April d. J. Termin ansteht, für die Dauer der Sitzungsperiode wird ohne Debatte angenommen.

Die 3. Berathung des Banknotengesetzes eröffnet Präf. Delbrück mit den versprochenen Mitteilungen über die neu concessionirte Bank in Greiz. Die reußische Regierung hat dem Bundeskanzler erklärt, daß nach Aufhebung der Weimarer Filialbank in Greiz im J. 1868 dort die Errichtung einer Bank nothwendig geworden; die Unterhandlungen mit dem Consortium seien schon lange im Gange gewesen. Die Regierung glaubt, durch die Concessionirung ihre Bundespflicht nicht verletzt zu haben. Die Bank hat das Recht, nach dem 1. Juli d. J. Noten bis zum doppelten Betrage des einzahltenden Capitals, im Ganzen jedoch nicht über 2 Mill. R., auszugeben, und zwar in Apoints von 10 R. und 1 R. (hört), letztere jedoch nicht über den Betrag von ½ Million.

Zu dem Gesetzentwurf liegen verschiedene Amendments vor. Abg. v. Sybel beantragt, den § 1 („Vom Tage der Wirksamkeit dieses Gesetzes kann die Befugniß zur Ausgabe von Banknoten nur durch ein, auf Antrag der beteiligten Landesregierung erlassenes Bundesgesetz erworben werden“) folgenden Zusatz zu geben: „Wenn eine Bank bis zum Tage der Wirksamkeit dieses Gesetzes von ihrer Befugniß zur Notenausgabe tatsächlich keinen Gebrauch gemacht hat, so kann sie dies künftig nur, wenn sie dazu die Ermächtigung durch ein Bundesgesetz erhält.“ Abg. Braun (Wiesbaden)

◎ Der Erfolg der Todesstrafe.

Dass große principielle Aenderungen im Staatswesen, wie sie der Reichstag durch die Abschaffung der Todesstrafe herbeiführen will, von vielen Seiten Widerspruch erregen und selbst eine gewisse Aufregung hervorrufen, ist natürlich. Die gleiche Erscheinung hat sich auch bei der Einführung der konstitutionellen Staatsform und der Pressefreiheit, sowie bei der Gleichstellung der Juden mit den Christen gezeigt. Die Anhänger der alten Zustände können sich nicht so rasch, wie die Geschichte es verlangt, in die neue Ordnung der Dinge finden und kämpfen so lange gegen diese, bis sie inne werden, daß sie einen Fortschritt herbeiführt, den die Mehrheit des Volkes mit vollem Recht verlangt.

Gegen die Aufhebung der Todesstrafe sind auch jetzt noch ganz liberal gesinnte Männer, weil sie sich von der alten Theorie nicht losmachen können, daß zur Ausübung der Gerechtigkeit auch die schärfste Strafe für das größte Verbrechen gebüte und daß dem Mörder nur sein natürliche Recht geschehe, wenn ihm das Leben genommen wird. Andere können sich nicht davon losmachen, daß die Hinrichtung der Mörder durch die Religionsgesetze geboten sei, und eine dritte Reihe von Anhängern der alten Sitte behauptet, daß die Todesstrafe zur Sicherung der Bürger erforderlich sei. Sie soll nicht nur schrecken, sondern auch den Unmenschen, der das Leben Anderer angetastet hat, unschädlich machen, weil dies sonst, wie sie meinen, nicht genügend geschehen könne. Selbst Humanisten treten für die Todesstrafe in die Schranken, indem sie wie Stuart Mill erklären, es sei weit humaner, den Verbrecher hinzurichten, als ihn mit seinem Verbrecherbewußtsein für den Rest seines Lebens dem Gefängnis zu überlassen.

So gewichtig diese Gründe sind, können sie doch nicht vor der Forderung unserer Zeit, welche den Staat von dem Henkeramt erlösen will, Stich halten. Der Mord ist schrecklich und die traurigste Nachseite des menschlichen Lebens,

beantragt, daß die Banknoten der reußischen Bank von der Circulation im übrigen Bundesgebiet ausgeschlossen werden. Dr. Löwe bedauert, daß die Verhandlungen im Bundesrat gar keinen Einfluß ausüben auf die Beschlüsse der Regierungen, die doch im Bundesrat ihre Bevollmächtigten haben. Die Handlungsweise der reußischen Regierung ist verwerflich in wirtschaftlicher Beziehung gegen ihr eigenes Land, wie in Beziehung auf den Bundesrat. Die Bank ist eine Spekulation auf Kosten der Nachbarstaaten. Der sicherste Weg der Abwehr wäre der Sybelsche Antrag gewesen, aber man weiß wohl, wo man anfängt, aber nicht, wo man aufhört. Besser ist der Hennig'sche Vorschlag, daß die reußischen Noten überall, blos nicht in Neuk verboten sein sollen. Abg. Dr. Becker: Die Mittheilungen, welche Präsident Delbrück macht, lassen nicht erkennen, ob die Bank eine Bettelbank sein muß. Ein Gesetz mit rückwirkender Kraft zu machen, ist bedenklich und ein gefährliches Præjudiz. Circulationsverbote haben andererseits noch nie das Land von den wilden Kassenscheinen befreit, die Oldenburger Scheine gehen bis an die Mosel! Am besten ist, wenn man den Bundesrat bitten, seine ganze Autorität aufzubieten, um uns von diesen Notenbanken zu befreien. Abg. v. Hennig: Die Frage wird im Ganzen erst nach Einführung einer Goldwährung gelöst werden können, aber schon dieses Gesetz muß uns dahin führen, daß wir das Verfahren der reußischen Regierung nicht dulden dürfen und etwas geschehen muß, um dem Uebel abzuholzen. Die rückwirkende Kraft würde der reußischen Regierung einen willkommenen Vorwand geben, sich herauszu ziehen. Das Circulationsverbot erscheint das Praktischste, aber Strafen kann der Bundesrat nicht androhen, nicht verfügen; das muß das Gesetz bestimmen. Das Circulationsverbot hilft mehr als der Abg. Becker glaubt; fremde Noten unter 10 Thlr. steht man in Berlin fast gar nicht mehr. Das Gesetz wird es den Concessiären unmöglich machen, ihr Geschäft ins Leben zu rufen, wenn sie nicht wissen, wo die Noten unterbringen. —

Abg. Braun (Wiesbaden) beantragt, zwischen §§ 5 u. 6 einen S einzufügen, dahin gehend, daß die reußischen Noten von der Circulation ausgeschlossen bleiben und daß derjenige, welcher diese Noten in Zahlung giebt, mit 50—100 R. Buße bestraft werden soll. Der Antrag v. Hennig auf legislative Initiative Seitens des Bundesraths wäre zeitraubend. Wir können verantworten, was wir thun; selbst in diesem Falle die rückwirkende Kraft, wo die Illokalität von Niemand bestritten wird. Hält man die Strafe für zu drakonisch, so könnte sie gemildert werden, etwa von 5—100 Thlr., um damit die Bankagenten etwas sanfter zu berühren. Mein Vorschlag macht die Emission von vorn herein unmöglich, und dann haben wir keine Regierung violentirt für ½ Million Noten à 1 Thlr.! Das ist ein Scandal, ein Manöver, auf die armen Leute berechnet (Graf Bismarck tritt ein.) Neuk. Bevollm. Geh. R. Kunz vertheidigt seine Regierung gegen die Vorwürfe der Illokalität; die Verhandlungen über die Errichtung der Bank schwelen seit Jahren, sie seien nur abgebrochen worden. Es hätten moralische Verpflichtungen vorgelegen, die man habe erfüllen müssen. Abg. v. Sybel: Es steht dem Reichstag nicht an, in einem Gesetze, das Großes will, spezielle Bestimmungen zu treffen; darum paßt der Vorschlag Braun nicht in dieconomie des Gesetzes. Ich schlage vor, den § 1 der Vorlage also lautend: „Vom Tage der Wirksamkeit dieses Gesetzes kann die Befugniß zur Ausgabe von Banknoten nur durch ein auf Antrag der beteiligten Landesregierung erlassenes Bundesgesetz erworben werden“, einen Zusatz zu machen, dahin gehend, daß wenn Banken die Befugniß zur Notenemission schon erhalten, von dieser Befugniß aber noch gar keinen Gebrauch gemacht haben, diesen Gebrauch künftig nur ausüben können, nachdem

aber nicht minder ist es die Hinrichtung des Mörders und es wird deren Beseitigung verlangt, weil sie möglich ist, ohne daß der Ausübung der Gerechtigkeit Eintrag geschieht.

Einer der älteren Schüler Hegels, Prof. Michelet in Berlin, ist lärmlich in der „Span. Ztg.“ für die Todesstrafe aufgetreten, indem er den alten Satz seines Meisters geltend macht, daß die Strafe das Recht des Verbrechers sei. Er fügt jedoch hinzu, daß die Todesstrafe bis zu den äußersten Grenzen einzuschränken sei. Sobald ein Mildeungsgrund vorhanden sei, müsse der Wahrspruch der Geschworenen die Todesstrafe ausschließen.

In dieser Konzeßion an den Fortschritt der Zeit spricht sich die Schwäche des Hegelianischen Standpunkts aus. Michelet erkennt es an, daß bei der Ausübung des Strafrechts die Strafe nie ihrem inneren Werthe nach, dem Verbrechen nie völlig adäquat, sondern nur annähernd gleich sein, von einer völligen Gleichheit nie die Rede sein könne, und doch fordert er für den Mord die gleiche Strafe der Tötung. Das ist eine Inconsequenz. Daß die Gesellschaft das Recht hat, den Mörder aufs Härteste zu bestrafen und unabschöpflich zu machen, weil sie das Rächeramt zu übernehmen hat, das in den ältesten Zeiten die Blutsverwandten übten, ist außer Zweifel, sie hat aber auch die Pflicht, sich von der Barbarei zu befreien, in welche sie durch dieses Amt gedrängt worden ist. Jede Hinrichtung ist an sich abscheulich; nur mit dem größten Widerstreben und voll sittlichen Euels wendet sich jeder Beamte, welcher verpflichtet ist, einer solchen beizuwöhnen, von ihr ab, und der Henker vollzieht nur schaudernd sein schreckliches Amt, weil er weiß, daß das Volk ihn darum haft und ihm flucht. Selbst in England, wo die Todesstrafe noch so oft zur Anwendung kommt, kann sich Calcraft nur verkleidet in die Städte schleichen, wo er zu hängen hat, weil das Volk ihn erschlagen wird, wenn es ihn entdeckt. Als in Berlin noch öffentliche Hinrichtungen gesahen, wurde der Pächter der Abdeckrei, ein gebildeter Mann, Namens Kraft (vieder Name lehrt bei allen Familien wieder, die sich dem traurigen Henker-

sie dazu die Zustimmung des Nordd. Reichstags erhalten haben. Abg. v. Blankenburg constatirte die allgemeine Missbilligung des Verfahrens der reußischen Regierung und hat gegen die rückwirkende Kraft nichts einzuwenden. Wird dies nicht beliebt, so empfiehlt sich der Antrag Braun, welcher der Souveränität von Neuk keinen Eintrag thut. — Abg. Sommer Barth empfiehlt dringend das Verbot der Emission. — Abg. Dr. Becker reicht einen Antrag zu dem Braunischen ein, welcher lechterer als eine Verbesserung anerkannt und zu dessen Gunsten er den seinigen zurückzieht. — Bei der Spezialdiscusion über § 1 werden nochmals alle Fälle besprochen, die geeignet wären, das Insolvententreten der reußischen Bank zu verhindern. — Abg. Windthorst will auch nicht die reußische Regierung in Schutz nehmen, aber er hält die vorgeschlagenen Mittel zur Beseitigung des Uebels bedenklicher als das Uebel selbst. Der Antrag Sybel enthält zweifellos die rückwirkende Kraft. Eine geeignete Einwirkung des Bundeskanzlers und ein Entgegenkommen der reuß. Regierung werde genügen, um das Uebel zu beseitigen. — Abg. Grumbrecht bestreitet, daß auch der Beckersche Antrag eine Rückwirkung habe. Die reußische Regierung habe eine gewisse moralische Verpflichtung gegen die concessionirte Bank. Sie von derselben zu befreien, sei mit dem Zweck dieses Gesetzes. Graf Bismarck: Eine Aufforderung Seitens des Bundeskanzlers an die verbündeten Regierungen, sich eines analogen Vorgehens, wie es hier liegt, der Regel nach zu enthalten, würde eine stärkere Wirkung haben, als diejenige, die an sich in dem Sachverhältniß liegt, verglichen zu unterlassen. Es kann nicht vorausgesetzt werden, daß einzelne der verbündeten Regierungen die amtliche Kenntnis, die sie von den Verhandlungen des Bundesraths und unsern Vorbereitungen zu den zu erlassenden Gesetzen haben, dazu benutzen werden, um in der Zwischenzeit, bevor ein Gesetz in Kraft tritt, Handlungen zu begehen, die der Intention des Gesetzes widersetzen; es kann das von den Regierungen ebenso wenig erwartet werden, als im Privatleben eines Beamten. Man kann nicht glauben, daß es erforderlich wäre, den verbündeten Regierungen die Verpflichtung, welche die Lage der Sache, die Verfassung ihnen auferlegt, dadurch zu verstärken, daß eine spezielle oder protokollarische Aufforderung hinzutritt. Der Fall ist nicht nur in der Vergangenheit der einzige analoge, sondern ich bin auch überzeugt, daß er auch in Zukunft der einzige bleibt wird. Das Einzige, was ich persönlich glauben würde dagegen thun zu können, wäre der fürstlich reußischen Regierung zu schreiben, daß die Verfassung Sr. Durchlaucht des Fürsten für die Zukunft so eingerichtet werden möchte, daß die verbündeten Regierungen das durch dieses Gesetzes Verfahren gestörte Vertrauen wieder gewinnen. (Heiterkeit.) Ich würde glauben, daß der Reichstag durch irgend ein Amendment, wenn es auch nur ein Tadelvoratum enthielte, dabei helfen könnte. Mir ist das des Herrn von Sybel als dasjenige erschienen, das ich logisch am meisten verstehe und von dem Charakter einer bill of attender eines Spezialgesetzes am meisten entfernt zu sein scheint. Indessen, ich will darin Ihren Beschlüssen in keiner Weise vorspielen; ich würde nur wünschen, daß irgend eines der Amendements, die dem Gedanken der Mißbilligung Ausdruck geben, zur Annahme läme. (Beifall.) § 1 mit dem Amendment Sybel wird mit großer Majorität angenommen, ebenso werden die §§ 2—8 genehmigt. Der neue vom Abg. Braun vorgeschlagene, vom Abg. Dr. Becker verbesserte § 5a wird abgelehnt, weil das Sybelsche Amendment genial; § 6 wird genehmigt. Das Gesetz mit dem Zusatz zu § 1 kommt in nächster Sitzung zur Abstimmung. Reg.-Comm. Kunze verwahrt noch seine Regierung gegen den Vorwurf, daß sie während der Verhandlung des Gesetzes

amt gewidmet haben), der den Hinrichtungen auf dem Schafott persönlich beizuwohnen hatte, wenn er sie auch nicht selbst vollzog, von seinen Freunden dahin geleitet, weil sie fürchteten, daß das Volk ihn steinigen werde. Todbleich legte er den schweren Gang zurück und jeder Art war für ihn eine Höllenqual. Noch lärmlich wurde in Gotha der Henker, den der Herzog mit der Guillotine aus Mainz hatte kommen lassen, der Aufenthalt in den Gasthäusern der Stadt verweigert. Man kann daher sehr wohl sagen, daß das Volkswissen gegen die Vollstreckung der Todesstrafe ist. Dazu kommt, daß bei der Schwierigkeit der Beweisführung, welche bei Kriminalverbrechen sehr häufig eintreten, Verurtheilungen Unschuldiger oder Halbschuldiger möglich und daß Justizmorde in allen Ländern vorkommen sind. Schwurrichter werden deshalb nur bei vollständig geführtem Beweise das Schuldig über den des Mordes oder der Tötung Angeklagten auszuprüchen, und in zweifelhaften Fällen die Verurtheilung zum Tode durch ihren Spruch verhindern.

Die Aufgabe unserer Zeit ist es ferner, bei jedem Verbrechen in Betracht zu ziehen, wie viel Anteil an der Schuld des Angeklagten die sozialen Zustände haben und ob die That nur dem bösen Willen und schlechten Charakter zuzuschreiben ist, oder ob dazu die Verwahrlosung in seiner Jugend, der Druck der Verhältnisse und die Mißhandlung durch Andere beigetragen haben.

Der Staat und die Gesellschaft unserer Zeit haben bei ihrer mangelhaften Beschaffenheit, bei dem Elend, das sie auf die unteren Klassen des Volkes häufen, kein unbedingtes Recht, den Stab über Leute zu brechen, welche in wüsten, der Rohheit und Gewaltamkeit verschwundene Verhältnisse aufgewachsen, und die dazu gelangten, die Begriffe des Rechtes und die Gefühle der Menschlichkeit in sich aufzunehmen.

Auch dabei bleibt jedoch immer die Pflicht für den Staat bestehen, den Mörder unschädlich zu machen, weil er sich durch seine Entartung und Wildheit als unfähig erwiesen hat, in der Gesellschaft zu leben. Diese muß vor ihm geschützt wer-

im Bundesrath die Concession ertheilt habe. Es stand ihr das formelle Recht zur Seite. Inwiefern ihr Verhalten gegen den Bund eine Missbilligung verdiente, darüber haben sich die Stimmen bereits geäußert. Dass ihr aber imputirt wird, sie könne durch Zurückdatirung einen Beschluss des Reichstages unwirksam machen, das muss ich als im hohen Grade beleidigend — ich will keinen stärkeren Ausdruck gebrauchen — bezeichnen. (Sehr richtig.) Uebrigens ist nicht die Regierung, sondern die Bank die Ausgeberin der Noten.

Es folgt die zweite Berathung über den Gesetzesentwurf betreffend das Urheber-Recht an Schriftstücken u. s. w. Zu demselben liegt eine große Anzahl von Amendements vor, auf die wir bei den einzelnen Paragraphen zurückkommen werden. Zunächst werden die §§ 1, 3 und 8 zur Diskussion gestellt, welche das Eigentums- und Dispositionsrecht des Autors an Schriften, musikalischen Kompositionen u. s. w. anerkennen bis 30 Jahre nach dem Tode des Autors.

— Abg. Kötter: Die Vorlage hat mit Ungunst zu kämpfen, weil sie nicht der volle und natürliche Ausdruck des mit uns geborenen Rechtes ist und dem geistigen Urheber als Almosen darbietet, was ihm nur von der festen Brustwehr des Rechtes aus gewährt werden müsste. Als feste Grundlage stellt Redner auf: das Recht des Urhebers an seinem geistigen Eigentum hört auf, wenn er oder der in seine Stelle getretene Erbe ihm entsagt, und diese Entzagung tritt selbstverständlich ein, wenn von 10 zu 10 Jahren nicht eine neue Bevollmächtigung auf mechanischen Wege erfolgt. Abg. Genast vertheidigt die Vorlage aus dem Prinzip des Eigentumrechtes und ein Interesse der Herbeiführung einer Einheit in der deutschen Gesetzgebung. Abg. Stephani tritt gleichfalls für die Frist von 30 Jahren auf. Eine Verkürzung derselben sei ebenso wenig gerechtfertigt, als wenn der Staat im Interesse der Käufer auf Kosten der Verkäufer den Preis der Leinwand herabsetzen wollte. Das Beispiel Englands beweise gar nichts, da man hier mit deutschen Sitten und mit deutscher Kulturenentwicklung zu rechnen habe. Abg. Dunder rechtfertigt den Antrag auf Verkürzung der Schutzfrist für die Autoren durch Hinweis auf die schädlichen Folgen, die das Monopol des Verlegers auf die Verbreitung der geistigen Produkte im Volke ausübt. Redner beruft sich zum Beweise, dass er nicht von dem einseitigen Standpunkt eines Interessenten aus spreche, auf die zur Säularfeier Schillers gehalte Rede Jakob Grimms, der die zu lange Schutzfrist lebhaft beklagte. Nehme man die Bestimmung des Entwurfs an, so würden die Werke Alexander v. Humboldt's erst 1889 freigegeben werden, die „Ansichten der Natur“, die 1808 zum ersten Mal erschienen, würden also eine Schutzfrist von 81 Jahren genießen. Dass dies ein zu langer Zeitraum sei, werde Niemand leugnen können, namentlich wenn man erwäge, dass das Interesse der Schriftsteller selbst durch eine so lange Dauer der Schutzfrist keineswegs gewahrt werde. Nächste Sitzung Sonnabend. (Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.)

* Berlin, 24. März. Nach dem Bericht der offiziösen Correspondenten sind dem Könige zu seiner Geburtstagsfeier nicht nur Glückwünsche der deutschen Führer, sondern auch von den europäischen Großmächten zugegangen. Die „Prov. Corr.“ benutzt das Geburtstagsfest, um darauf hinzuweisen, dass die Eigentümlichkeit des preußischen Königthums darin besteht, sich mit der Entwicklung echter Freiheit fortzubilden und dass es die Bürgerschaften für die weitere friedliche Entwicklung Deutschlands in sich trägt. Damit ist jeder Liberale einverstanden, es knüpft sich an beide aber auch naturgemäß die Forderung, dass dieses starke Königthum sich eng an die nationale Fortbildung der deutschen Gesetzgebung anschließe. Wie viel wir aber noch zu thun haben, die noch vorhandenen Elemente des alten Polizeistaats zu überwinden, haben die jüngsten Reichstagssitzungen gezeigt. Durch sie sind die politischen Kreise unserer Hauptstadt nicht wenig aufgerüttelt worden — Das Gericht von dem Rücktritt des Grafen Ivenitz, und der Ernennung des Hrn. v. Neissen zu seinem Nachfolger hat sich als unbegründet erwiesen. — Der Abg. Miquel, unterstützt von 27 Mitgliedern der Fortschrittspartei und der nationalliberalen Fraktion, hat die Genehmigung nachstehenden Gesetzentwurfs beantragt: „Einiger Paragraph. Die Ausgabe von Staats-Papieren darf nicht nur auf Grund eines auf Antrag der beteiligten Landesregierung erlassenen Bundesgesetzes statt“. Es ist eine natürliche Consequenz des Banknotengesetzes.

Das Ältesten-Kollegium der hiesigen Kaufmannschaft hat beim Reichstage petitioniert, die Zulässigkeit der Auhercourssetzung von Inhaberpapieren im Wege der Gesetzgebung gänzlich zu beseitigen.

Bur Sache der reußischen Bank bemerkte die

den. Hierzu bietet aber die Gefangenschaft auf Lebenszeit hinlängliche Gelegenheit, und für die schlimmsten Verbrecher bildet die Strafweise, welche England in seinen Strafcolonien vollstreckt lässt, eine noch wirksamere Form, solchen entarteten Menschen die Notwendigkeit aufzuerlegen, sich von Grund aus zu bessern oder der Vernichtung entgezugehen; denn bei der Macht, welche den Gouverneuren von Strafcolonien ertheilt werden muss, sind sie auch besieglt, widerstreitige Verbrecher vollkommen unschädlich zu machen. Die Deportation ist die potenzierte Buchhausstrafe, und jedem grösseren Staat muss auch ein solches Strafmittel für unverbesserliche Verbrecher zu Gebote stehen.

„Hängen ist der schlechteste Gebrauch, den man von einem Menschen machen kann“, sagt Bulwer, und auch aus dem Mörder lässt sich noch ein nützliches Werkzeug der Gesellschaft machen, wenn man ihm die Möglichkeit dazu gewährt. Deshalb ist es zwecklos, ihm das Leben zu nehmen, und es ist logisch richtiger, ihn in die Gesellschaft zu verzeihen, in welche er passt, als ihn zu tödten und in die Grube zu werfen.

Der Grund, welchen Stuart Mill anführt, dass es weniger grausam ist, den Verbrecher hinzurichten, als ihn einem qualvollen Leben zu überlassen, ist nicht stichhaltig, denn in diesem Leben vermögt sich der besser geartete Verbrecher durch innere Reue mit seinem Verbrechen abzufinden und ein neues Leben zu beginnen, oder aber denselben selbst ein Ziel zu setzen, wenn er die Qualen der Seele nicht zu ertragen vermag. An dem Selbstmorde kann Niemand verhindert werden, denn man braucht nur seine Bunge zu verschlingen, um sich zu tödten.

Schiller lässt seinen Don Cesare sagen: „Ein Leben der Berlinirschung, mit strengen Bußlastenungen allmälig abschöpfend eine ew'ge Schuld, kann ich nicht leben. Der Tod hat eine reinste Kraft“. Mit diesen Worten erstickt er sich. So werden viele wahrhaft kräftige Mörder denken und handeln, und die Gesellschaft kann jedesmal froh darüber sein, wenn sie diese Stühne

„BAC.“: Die reußische Regierung hat die fragliche Concession in einer Weise ertheilt, wie sie schwerlich jemals in Deutschland einer Bank ertheilt worden ist. Die Bank soll nämlich verpflichtet sein, 500,000 R. baar zu deponieren und dafür das Recht erhalten, 2 Millionen R. Noten, darunter 1 Million im Betrage von 1 R., auszugeben; außerdem soll die Bank verpflichtet sein, ihre Fonds wie für den übrigen Verkehr so auch namentlich zum Besten des Grundbesitzes zu verwenden. Man will also einen Theil der auf Grund der Ausgabe unsicheren Notenpapiere beschaffen Fonds durch Beliebung von Grundbesitz festlegen, damit ja kein baar Geld da ist, wenn irgend einmal eine Krisis hereinbricht und die reußischen Banknoten a. L. mit beschleunigter Marschroute nach Greiz zurückwandern. Das Beste an der Sache kommt aber nach; die Bank ist nicht berechtigt, von den fürstlich reußischen Landeskassen zu verlangen, dass sie die bei ihnen präsentierten Noten annehmen. Dagegen hat sie selber die Verpflichtung übernommen müssen, die Fürstlich-Reußischen Renteklassenscheine a. L. jederzeit in ihren Kassen al pari anzunehmen. Es wäre ganz unbegreiflich, wenn jemals der Reichstag oder die Bundesregierung ein solches Verfahren, welches ein wahrer Hohn auf die Bundesverfassung und deren gesetzlich berechtigten Organe wäre, zugeben wollten. Dass einem solchen Treiben ein Ziel gesetzt wurde, war dringend nötig, und dasselbe erklärt auch, weshalb über diese Angelegenheiten im Reichstage in so großer Erregung gesprochen wurde.

BKB. Unter der Firma F. Blechner & Co. hat sich hier eine Eisenbahnbau-Gesellschaft mit einem Grundkapital von anderthalb Millionen, das eventuell auf 3 resp. 10 Millionen gebracht werden soll, gebildet, die den Zweck hat, den Bau von Eisenbahnen, die Ausrüstung von Bahnen und die Plazierung der für Bahnbauten auszugebenden Wertpapiere zu übernehmen. An der Spitze des Aufsichtsrates stehen die Herren Geh. Ober-Baurath a. D. Koch und Geh. Commerzienrath Börsig.

Köln, 24. März. Die Post aus London vom 23. d. früh ist ausgeblieben.

Friedrichstadt (Schleswig), 23. März. Der hiesige Bürgermeister feuerte heute auf den Holzhändler von der Heide zwei Revolverschüsse ab und stellte sich dann sofort den Behörden als Gefangener. Die Verhaftung zu der That ist noch unbekannt. (W. T.)

Oesterreich. Wien, 23. März. Über das Entlassungsgebot Giskra's macht die „M. fr. Pr.“ folgende Mitteilung: In einer Audienz vorgestern Vormittag hat der Minister des Innern Herr Giskra unter Hinweis auf den Beschluss des Ministerrates, die Wahlreform zu vertagen, den Kaiser um Enthebung von seinem Amte ganz unumwunden gebeten, und der Kaiser hat nur noch als einen letzten Akt der Loyalität von dem scheidenden Minister verlangt, die laufenden Geschäfte bis zum Sessionsschluss zu besorgen. Dieses Bekenntnis hat Giskra gemacht. Gestern fand vor der Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Minister-Conferenz statt, welcher Giskras schriftliches Entlassungsgebot vorlag. Die Minister machten einen erneuten Versuch, Giskra zum Verbleiben zu bestimmen. Dieser beharrte bei seinem Entschluss, und daraus hin hat der Minister-Präsident gestern auch Giskras Demissionsgesuch an den inzwischen nach Osten gereisten Kaiser expediert. An einem Orte von politischer Bedeutung hat man als seinen Nachfolger Stremahr, den Cultusminister, genannt. Indessen ist die Sache, wenn wirklich das Giskrasche Interim bis zum Sessionsschluss währt, ja nicht so dringend, und mittlerweile wird dem Ministerium vielleicht noch eine andere Combination eintreffen. Das Ministerium selber scheint sich trotz Giskras Ausscheiden für unerschüttert zu halten, was jedenfalls von einer starken Dosis Gleichmuth zeugt. — Welche Deutungen die neueste Episode schon erfährt, mag folgendes Telegramm des „Pester Lloyd“ bezeugen: „In parlamentarischen Kreisen spricht man heute mit großer Lebhaftigkeit von dem Rücktritt des Cabinets Hasner. Man bezeichnet ein Cabinet Kellermüller als unmittelbar bevorstehend, dem die Minister Vanhans, Stremahr, Brestel, Plener, Wagner, sowie Lasser und Mende angehören sollen.“

England. * London, 22. März. Der Pariser Correspondent der „Times“ erläutert: Graf Daru sei im höchsten Grade befriedigt durch die freundlichen Zusicherungen, welche ihm das britische Foreign Office bezüglich der römischen Frage gemacht, und England sei überhaupt durchaus geneigt, soviel unter den Verhältnissen möglich sei, Frankreich in dieser Angelegenheit zu unterstützen. — Ein Fachblatt macht die Ankündigung, dass Miss Garret zu einem der Aerzte am Kinderhospital von Ost-London ernannt worden ist. Es ist das erste Hospital in Großbritannien, welches auf diese Weise der Zulassung von Frauen zum ärztlichen Berufe das Wort

suchen. Die öffentlichen Hinrichtungen gaben dem energievollen Mörder Gelegenheit, sich zu einer Art von Helden für die unterste Schicht der Gesellschaft aufzupuffen, denn sie wussten, dass sie gleich Schinderhannes im Gedächtniss des Volkes fortlebten. Es wurden Lieder auf ihren Tod gemacht, wie auf Kriegshelden. Die nicht öffentliche Hinrichtung aber, welche jetzt Sitte geworden ist, für alle Magistratsbeamte und Richter, die ihnen bewohnen müssen, ein Gräuel, und es ist furchtbar, dass bei uns noch immer ein Henker dazu gebracht wird, den Kopf eines Menschen vom Rumpfe zu hauen. Jeder Gebildete sucht sich solch ein Schauspiel zu entziehen oder wendet den Blick ab, wenn er gezwungen ist, ihm beizuhören.

Mit Recht sagte Lasker in seiner Rede für die Abschaffung der Todesstrafe, dass es eine untergeordnete Kulturstufe ist, welcher die Hinrichtungen angehören. Deshalb ist es eine Forderung der Zeit, dass wir uns darüber erheben. Lasker erinnerte auch sehr richtig an die Verbindung dieses Fortschrittes mit der Forderung, dass die Kriege der Völker gegen einander aufzuhören haben. Wenn die Achtung vor dem Leben des Menschen zum Prinzip der Gesetzgebung gemacht wird, so muss dieser Grundsatz auch in das Kriegsrecht übergehen. Nur zur Vertheidigung kann der Krieg berechtigt bleiben, und auch die Militärgesetzgebung muss einen menschlicheren Charakter annehmen. Es kann nicht mehr gestattet werden, Desertiren und Vergessen gegen die Disziplin mit dem Tode zu bestrafen. — Vergegenwärtige man sich nur einmal, wieviel die Welt gewonnen hätte, wenn in der Zeit der französischen Revolution und der ihr folgenden Zeit die Todesstrafe abgeschafft gewesen wäre; welchen Nutzen Frankreich davon gehabt hätte, wenn Ludwig XVI. und Marie Antoinette so wenig wie Danton, Robespierre und St. Just hätten hingerichtet werden können, und wenn es Napoleon nicht möglich gewesen wäre, die Blutschuld der nichtswürdigen Erschießung des Herzogs von Enghien und des deutschen Buchhändlers Palm auf sich zu laden! Der Blutdürst macht auch die tückigsten politischen Führer zu

geredet hat. — In Australien denkt man jetzt, wo die Pacific-Bahn vollendet ist, daran, die Posten auf diesem Wege nach Europa zu befördern. — In der Mine Penarbreac in Cornwall ist ein Stollen eingestürzt und 16 Personen waren mehrere Stunden lang unter dem Schutt begraben, doch gelang es, 15 von ihnen lebend aus ihrer Gefangenschaft zu befreien und nur ein Knabe blieb tot.

Frankreich. * Paris, 22. März. Das Pays bringt die Nachricht, dass die Antwort der römisichen Regierung auf die Note Daru's gestern in Paris angelommen sei und verneinten lautet. — Wie es in den offiziösen Kreisen heißt, wird der Senatsbeschluss, der dem Senate vorgelegt werden soll, auch die Abschaffung der Artikel 12 und 33 der Verf. verlangen. Dieselben lauten: Art. 12. Der Kaiser hat das Recht, in einem oder mehreren Departements den Bevölkerungszustand zu erklären, mit dem Vorbehalt, dass er den Senat davon veranlasste. Art. 33. Im Falle einer Auflösung des gesetzgebenden Körpers und bis zu dessen neuer Berufung sorgt der Senat auf den Antrag des Kaisers für alle dringlichen Maßregeln, welche der Gang der Regierung nothwendig erfordert. Diese Artikel geben dem Kaiser eine zu grosse Gewalt, da sie ihm gestatten, falls er nach Art. 46 der Verf. die Kammer auflöst oder vertagt, während sechs Monaten ganz unumschränkt regieren zu können, ohne aus der Legalität herauszutreten. Der Verfassung gemäß könnte das absolute Regime auch noch länger dauern, da der Kaiser die Kammer immer wieder von Neuem auflösen oder vertagen könnte.

— 23. März. Gesetzgebender Körper. Der bereits kurz signalisierte Satz des Kriegsministers über die Nothwendigkeit steter Kriegsbereitschaft lautete vollständig: Ich bin nicht ermächtigt über Politik zu reden. Ich muss bereit sein, wenn ein Krieg ausbricht; das ist mein Metier. Ich halte jedoch die Politik des Kabinetts für sehr friedfertig. — „Tempo“, „Patrie“ und andere Abendblätter erwähnen eines Gründers, wonach Rouher seine Entlassung als Senatspräsident nehmen werde.

Crozon, 23. März. Eine Bande von 200 Meutern zog gestern nach Montchanin, um die dortigen Bergleute an der Fortsetzung der Arbeit zu hindern. Ein Bataillon Soldaten wurde denselben nachgeschickt. Sieben Ruhesünder wurden verhaftet.

Tours, 23. März. Prozeß Peter Bonaparte. Fortsetzung des Bengenverfahrens. Rochefort erzählt die Vorgänge bei der Herausforderung und sagt hinzu, Emanuel Arago habe ihm, als er von der Herausforderung gehört, gesagt, er möchte vorsichtig sein, weil der Prinz sehr gefährlich sei. Die Zeugen erklären, von der Leiterung Bonapartes, dass Noir den Brüinen gebrüllt habe, nichts gehört zu haben. Andere Zeugen, Redakteure demokratischer Journale, versichern, dass Noir einen sehr sanften Charakter gehabt habe. Rochefort musste hierauf wegen Unwohlseins den Audienzaal verlassen.

Danzig, den 25. März.

* Mit Bezug auf den Wagenmangel auf der Ostbahn erhalten wir folgende Buschrift:

„Dass die Beseitigung des Wagenmangels auf der Ostbahn wirklich nur ein frommer Wunsch bis jetzt ist, beweist ein Blick auf den Bahnhof in Pelplin, wo man auf Breitern mangelt bedeckte Säcke mit Getreide unter freiem Himmel gelagert vorfindet. Wagen sind trotz vieler Tage vor der Verladung erfolgter Bestellung nicht zu bekommen. Vorstellungen an die Direction, dass dieselbe die Güterexpedition in Pelplin in den Stand setzen möge, und die Anforderungen des Publikums gerecht zu werden, werden wohl ebenfalls wenig helfen wollen. Nachdem ich bereits mehrmals in diesem Winter mein Getreide wegen Mangels an Wagen habe in Pelplin lagern müssen, ist es mir am 17. März wiederum so ergangen, obgleich bereits am 12. d. ein Wagen zum 17. d. bestellt worden war. Das Getreide musste gelagert werden und betragen die Kosten dafür vier Thaler, welchen Schaden niemand erlebt, weil die Bahnverwaltung sich dazu nicht für verpflichtet erachtet, wohl aber für berechtigt, im Falle ein Wagen bestellt und nicht zur Zeit beladen wird, Strafen einzuziehen. Alles dieses muss der Landmann ertragen.“

* Im Gewerbeverein hielt gestern Hr. Professor Troeger einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Entwicklungsgesetz der Erde und das Alter des Menschenreichs.“

— Eine schon öfters reponierte Frage: was wohl die Ursache sei, dass die Strafanstalten die Resultate ihrer Verwaltung in Bezug auf die Beschäftigung der Gefangenen nicht veröffentlichten, gab Veranlassung zu einer kurzen Discussion. Hr. Farjé erwähnte, dass beispielsweise in Bries ein Leberfabrikant und ein Posamentier durch Benutzung der ihnen im dortigen Buchhause zu Gebote stehenden Arbeitskräfte binnen wenigen Jahren Millionäre geworden seien, während eine Menge von Handwerkern in Folge dieser nicht zu überwinden Concurrenz verarmt wären. In gleicher Weise würden auch die übrigen Buchhäuser des Staates durch Spezialisten ausgebaut und der Handwerkerstand in empfindlichster Weise

Thyrrhen. Es gibt keinen tragischeren Ausspruch, als den, welchen Marie Roland auf dem Schafott hat: „Die Freiheit, wie viel Verbrechen werden in deinem Namen begangen.“

Auch der Justizmord ist ein Verbrechen, und da wir es verbüßen können, ist es Pflicht, dies zu thun.

Wir haben kürzlich unsere Leser einen Blick in die Schrecken der bei uns geliebten Buchhausestrafen lassen. Sie werden Ihnen den Eindruck gewährt haben, dass der furchtbare Druck, der durch sie auf das Leben der Verbrecher geübt wird, mehr als hinreichend ist, auch den bösesten der Menschen zu zähmen, zu strafen und unschädlich zu machen. Damit ist ein Ersatz der Todesstrafe gegeben, dessen praktische Bedeutung nicht in Abrede gestellt werden kann, und der sogar für den Mörder gemildert werden muss, um die rechte Wirkung zu üben.

Man braucht nicht zu fürchten, dass der Mörder auch noch seinen Schleifer töte, denn es gibt Mittel genug, ihn zu zügeln. Unsere Zeit hat es ja auch darin zu einer wahren Virtusität gebracht. Der Umstand, dass ein solcher Versuch zum Widerstand gemacht werden könnte, ist aber gewiss nicht hinreichend, die Hinrichtung des Mörders zu fordern.

Nach Erwagung dieser theoretischen wie aller praktischen Bedenken müssen wir unbedingt zu dem Ergebniss kommen, dass die Abschaffung der Todesstrafe eine unabsehbare Fortschritte unserer Zeit bildet, der sich kein civilisirter Staat entziehen darf.

Für Preußen ist aber die dringendste Veranlassung dazu gegeben, weil Sachsen, Oldenburg, Anhalt und Bremen die Todesstrafe bereits aufgehoben haben. Wenn der preußische Staat auf die Leitung der deutschen Angelegenheiten Anspruch macht, darf er in einer solchen Prinzipienfrage nicht zurückstehen. Deshalb ist es die Pflicht aller Liberalen dies zu verhindern, und wenn unsere Abgeordneten im Reichstage damit nicht durchdringen, muss das Volk für sie eintreten.

E. M.

dadurch geschädigt. Man dürfe wohl mit Recht einen klaren Einblick in diese so schädlich wirkenden Verhältnisse verlangen und es müsse Klage darüber geführt werden, daß keine genauen statistischen Angaben darüber seitens des Staates veröffentlicht würden. Die Armut greife unter den Handwerkern immer mehr um sich, der Ursache müsse im Interesse der Commune nachgefragt werden. Wenn die Regierung verlange, daß die Buchthäuser human behandelt würden, so müsse auch dafür gesorgt werden, daß die Bürger nicht zu Grunde gingen. Der Handwerkerstand müsse in energischer Weise dagegen protestieren, daß der Staat die Erwerbsquellen in die Buchthäuser ableite; die Communen müßten sammt und sondes einem solchen Proteste sich anschließen, weil schließlich die verarmten Bürger ihnen zur Last fielen. Durch einen aus allen Schichten der Bevölkerung erhobenen Protest, dem die Communalbehörden durch ihre Theilnahme größeres Gewicht verliehen, werde voraussichtlich ein befriedigender Zustand geschaffen und ein Nebelstand beseitigt werden, der für längere Dauer unerträglich sei. — Die Frage wurde allseitig einer näheren und eingehenderen Erörterung wert befunden und soll demnächst noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden.

* In der gestrigen Versammlung des Bürgervereins teilte der Hr. Vorsitzende mit, daß die kürzlich vom Vereine beschlossene Petition, betr. die Nichterhöhung der Gehälter für die Magistratsbeamten und die Zuwendung einer Gehaltszulage für die Feuerwehrmänner, von der Stadtverordneten-Versammlung nicht im Mindesten berücksichtigt worden sei. Gegen mehrere Hh. Stadtverordneten, welche in einer nach der Ansicht einiger Vereinsmitglieder „die Bürgerschaft mißachtenden Weise“ in der betriebsitzung der Petition kritisierten, beschloß die Versammlung ein Misstrauensvotum und gab demjenigen Hrn. Stadtverordneten, welcher gegen die Erhöhung der Beamtengehälter gesprochen, ihren Dank durch Erheben von den Szen zu erkennen. — Nach Erledigung einiger eingegangener Fragen wurde der Wunsch geäußert, daß die jetzt bestehende Einrichtung der Einsammler zur Einstellung der Communalsteuer wieder aufgehoben werde, da dieselbe dem kleinen Bürger sehr unbehaglich sei; es müsse jedem Steuerzahler überlassen bleiben, die Steuer persönlich bei der Kämmereitasse einzuzahlen. Es wurde beschlossen, diesem Wunsche in einer Petition an den Magistrat Ausdruck zu geben und zwar soll dieselbe nicht nur von den Vereinsmitgliedern unterzeichnet, sondern sämtlichen Bürgern zur Unterschrift vorgelegt werden, um durch eine solche Massenpetition das gewünschte Resultat eher zu erreichen.

* [Polizeiliches.] Gestern brach im Stalle des Kaufmann Markusch zu St. Albrecht Feuer aus, welches aber durch rasch herbeigeilte Hilfe nach zweistündiger Arbeit unterdrückt wurde. Verhaftet wurden 8 Männer und 7 Frauenpersonen.

* [Gerichtsverhandlung am 24. März.] 1) In einer Nacht im November v. J. wurden die läderlichen Dirnen Wrosch und Biakl durch den Schuhmann Potrylus arretiert und nach dem Unterschmiedeturm abgeführt. Auf dem Transport dahin kam der Arbeiter Friedrich Geng, nur mit einem Hemd bekleidet, nachgelaufen und verlangte die Freilassung der Wrosch unter Umständen, welche seine Arrestierung notwendig machten. G. widerstrebte sich derselben, er fasste den Schuhmann P. an die Brust und schleuderte ihn hin und her; dafür erhielt er 3 Wochen Gefängnis. — 2) Der Arbeiter Friedrich Herrmann Krause ist angeklagt, dem Hauptmann Sch., als er in dessen Wohnung bettelte, eine Petroleumlampe im Werthe von 5 R. gestohlen zu haben. Er wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. 3) Der Arbeiter Nicolaus Zielinski in Gr. Trampen hat erweislich dem Brettschneider Belau dabei durch einen Schlag auf den Kopf mit einem Pfahle eine Körpervorlezung zugefügt, welche eine vierwochentliche Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. B. erhielt 6 Monate Gefängnis.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol-Culm zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage. Warlubien-Grauden theils zu Fuß theils per Kahn über die Eisdecke bei Tag und Nacht. Czerwinski-Marienwerder theils zu Fuß theils per Kahn über die Eisdecke bei Tag und Nacht.

* [Berichtigung.] In dem Leitartikel zu dem neuen Strafgesetzbuch (Nr. 5981) ist Seite 1, Sp. 3, Z. 15 statt: „Aber es gibt viele sehr verschiedene Meinungen über Gott und politische Dinge“, zu lesen: „... über Gott und göttliche Dinge.“

* Thorn, 24. März. Wasserstand 5 Fuß 6 Zoll. Weiter bedeckt. Wind Süd-Ost. 3 Grad Kälte. Keine Veränderung in Betreff der Eisdecke.

Zuschrift an die Redaction.

Mit Bezug auf die Zuschrift in Nr. 5981 d. Jtg. geht uns von Herrn Generalsecretar Martinj folgendes zu: „Nach der Berichtigung, welche Sie der Zuschrift in Nr. 5981 Ihrer Zeitung, betreffend das in Danzig zu errichtende Bank- und Commissionsgeschäft, bereits selbst zu Theil haben werden lassen, erübrig mir nur noch, Ihre Bemerkungen als treffend zu bestätigen. Es handelt sich in der That nicht darum, in Danzig ein neues Faktorei- und Bankgeschäft zum Vortheile beliebiger Personen zu gründen; denn solche sind, wie der Herr Einsender richtig bemerkt, ausreichend vorhanden; sondern es handelt sich darum, den aus einem solchen Geschäft resultirenden Reingewinn den Landwirtern selbst nach Maßgabe ihrer Einlage wieder zuzuführen. Dem Herrn Einsender muß der Passus des Prospectes entgangen sein, in welchem dieses Eigenthümliche und allerdings auch Neue des Unternehmens unzweideutig ausgesprochen ist. Sicherlich steht der Herr Einsender landwirtschaftlichen Kreisen zu fern, sonst würde für ihn die Frage, ob derartige Unternehmungen für die Landwirthe notwendig sind, keine offene sein, — sonst würde derselbe wissen, daß der Stand der Landwirthe bei uns derjenige ist, welcher direkt und indirekt am vielseitigsten und härtesten von Steuern betroffen wird, und welcher von der Konkurrenz des Auslandes am meisten zu leiden, daher alle Veranlassung hat, jede Chance seines Gewerbes auszubeuten und insbesondere durch genossenschaftliche Unternehmungen sich mit den andern ihn überwältigenden Ständen ins Gleichgewicht zu setzen. Etwas komisch möchte es sich daher wohl ausnehmen, wenn unsere Landwirthe, wie der Herr Einsender ihnen zumuthet, eine Actien-Brauerei gründeten, anstatt die nächstliegenden Vortheile ihres eigenen Gewerbes zu begreifen und sich zu Nutze zu machen.“

Berliner Fondshörse vom 24. März.

Eisenbahn-Aktionen.

Dividende pro 1888				
Nachm.-Düsseldorf	—	34		
Aachen-Maastricht	1	4	39½	bz
Amsterdam-Roterd.	6	4	102½	bz
Bergische Märk. A.	8	4	125½	bz u G
Berlin-Anhalt	13½	4	180½	bz
Berlin-Hamburg	9½	4	151½	bz
Berlin-Potsd.-Mgldeh.	17	4	192½	bz
Berlin-Stettin	8½	4	135½	bz
Böh. Westbahn	6	5	95½	bz u G
Bresl.-Schweid.-Freib.	8½	4	109½	bz
Grieg.-Reisse	5½	4½	90½	G
Cöln-Minden	8½	4	123½	bz
Hotell.-Oberberg (Wilh.)	7	5	110	bz u G
do. Stamm.-Br.	7	5	110	bz u G
do. do.	7	5	110	bz u G
Endrogsch.-Borbach	11½	4	170	G
Magdeburg-Halberstadt	15	4	118½	bz
Magdeburg-Leipzig	19	4	185	bz
Platz-Ludwigshafen	9	4	132½	bz
Medenburger Märk.	2½	4	76½	bz
Niederschles.-Rheinbahn	4	4	86	B
Oberschles.-Litt. A. u. C.	15	3½	170	G
do. Litt. B.	15	3½	156	bz

Börse-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. März. Aufgegeben 2 Uhr 17 Min. Nachm.

Angelkommen in Danzig 3 Uhr 30 Min. Nachm.

		Letzter Crs.	Geister Crs.
Weizen	Frühj.	57½	56½
Roggen	böher,	3½	3½
Regulierungspreis	—	4%	do. do.
März	46½	45½	Lombarden
April-Mai	45	44½	134½
Mai-Juni	44½	43½	133½
Rüböl, Febr.	14½	13½	Desterr. Silberrente
Spiritus fest.	15½	15½	82½
März	15½	15½	Desterr. Banknoten
April-Mai	15½	15½	Aussl. Banknoten
Petroleum	8½/24	8½/24	74½
5% Pr. Anleihe	101½	101½	74½
4½% do.	93½	93½	74½
Staatsfondsh.	78	78	74½

Fondsbörse: geschäftsarm.

Frankfurt a. M., 24. März. Effecten-Societät. Amerikaner 95½, Creditactien 278, Staatsbahn 382, Lombarden 235, Galizier 235, 1860er Loose 80½. Fest.

Wien, 24. März. Abend-Börse. Creditactien 289, 30, Staatsbahn 399, 00, 1860er Loose 98, 00, 1864er Loose 120, 70, Anglo-Austria 350, 00, Franco-Austria 119, 50, Galizier 244, 00, Lombarden 246, 00, Napoleons 9, 87½. Fest, aber unbelebt.

Hamburg, 24. März. [Getreide-markt.] Für Weizen und Roggen loco befere Frage, auf Termine fest. — Weizen vor März 5400½ 107 Bancothaler Br., 106 Gd., vor April-Mai 107 Br., 107 Gd., vor Mai-Juni 127½ 109 Br., 108½ Gd., do. 125½ 106½ Br., 105 Gd., vor Juni-Juli 127½ 111 Br., 110 Gd., do. 125½ 109 Br., 108 Gd. — Roggen vor März 5000½ 78½ Br., 78 Gd., vor April-Mai 78½ Br., 78 Gd., vor Mai-Juni 79 Br., 78 Gd., vor Juni-Juli 81 Br., 80 Gd. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl fest, loco und vor März 29, vor Mai 28½, vor October 27. — Spiritus ruhig, vor März 21, vor April-Mai 20½, vor Mai-Juni 20½. — Kaffee fest, verläuft 2000 Sac Diverse. — Bunt stille. — Petroleum, ferne Sichten fest, Standard white, loco 15½ Br., 15½ Gd., vor März 15½ Gd., vor März-April 15½ Gd., vor August-December 15½ Gd. — Schnee und Regen.

Bremen, 24. März. Petroleum, Standard white loco 7, vor März 6½ gefordert, vor September 6½. — Stimmung abwartend.

London, 23. März. [Schluß-Course.] Consols 93½. Neue Spanier 27½. Italienische 5% Rente 55½. Lombarden 19½. Mexikaner 14½. 5% Außen de 1822 84½. 5% Russen de 1892 86½. Silber 60½. Türkische Anleihe de 1865 46. 8% rumänische Anleihe —. 6% Verein. Staaten vor 1882 90½. — Behauptet.

Liverpool, 24. März. (Von Springmann & Co.) [baumwolle] 10,000 Ballen Umsatz. Middle Orleans 11½, middling Amerikanische 11½, fair Dhollerah 9½, middling fair Dhollerah 9½, good middling Dhollerah 9, fair Bengal 8, New fair Domra 9½, good fair Domra 9½, Bernam 11½, Smyrna 10½, Domra 9½, good fair Domra 9½, Bernam 11½, Smyrna 10½, Egyptische 12. — Unverändert. — Tagesimport 12,451 Ballen, keine ostindische, amerikanische 9150 Ballen.

Paris, 24. März. (Schluß-Course.) 3% Rente 74, 07½ — 74, 12½ — 73, 95 — 74, 00. Italienische 5% Rente 55, 90. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktion 808, 75. Oesterreichische Nordwestbahn 418, 00. Credit-Nobiliter-Aktion 273, 75. Lombardische Eisenbahn-Aktion 505, 00. Lombardische Prioritäten 249, 75. Tabaks-Obligationen —. Tabaks-Aktion —. Türken 46, 40. 6% Ber. Staaten — 1883 ungest. 102½. 8% v. St. gar. Alabama-Obligationen 4485. Fest, aber unbelebt. Neue 5% Russen 84. Neue Türken 316, 25.

Paris, 24. März. Rüböl vor März 121, 50, vor Mai-Juni 117, 50, vor September-October 106, 50. — Mehl vor März 56, 00, vor Mai-Juni 56, 25, vor Juli-August 57, 50. — Spiritus vor März 61, 50. — Schönes Wetter.

Paris, 24. März. Bankausweise. Baarvorrath 1,297,618,439 (Zunahme 16,818,086), Portefeuille 504,489,430 (Abnahme 8,037,087), Borchüsse auf Wertpapiere 98,531,750 (Zunahme 545,000), Rotenumlauf 1,367,816,450 (Abnahme 11,366,300), Guthaben des Staatschafes 168,219,737 (Zunahme 1,633,286), laufende Rechnungen der Privaten 373,116,827 (Zunahme 17,958,464) Frs.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 26. März.

Weizen vor Tonne von 2000½ unverändert, loco alter 60—65 R. Br.

frischer Weizen:

fein glasig und wetz	127—132½	R. 59—62 Br.
hochbunt	126—130½	" 58—60 "
124—128½	" 55—57 "	46—59 R. bezahlt.
bunt	124—128½	" 53—56 "
rotz	122—129½	" 52—57 "
ordinair	114—120½	" 47—51 "

Auf Lieferung vor April-Mai 126½ bunt 57 R. Br., 56 R. Gd.

Roggen vor Tonne von 2000½ fest,

loc. 120—123—125½—126½—129½

41—43—44½—45½—47½ R. Br. bez.

Gerste vor Tonne von 2000½ unverändert, kleine 107—112½ 35½—36 R. Gd. bezahlt.

Wien 24. März. Weizen loco vor 2100½ 48—64 R.

nach Qual. vor April-Mai 56½—57½ R. Gd. bez.

do. Mai-Juni 44½—44½ R. Gd. bez.

do. Mai-Juni 44½

Altschottländer Synagoge.
Sonntags, den 26. März, Vormittags
10 Uhr, Predigt. (5639)
Heute 28 Uhr Morgens wurden wir durch die
Geburt eines kräftigen Knaben erfreut.
Rosenthal, den 24. März 1870.
(5656) Rant und Frau.

Statt besonderer Meldung.
heute früh wurden wir durch die Geburt
eines kräftigen Knaben erfreut.
Danzig, den 25. März 1870.
(5653) Otto Nögel und Frau.
All meinen Vorgesetzten, so auch unsern lieben
Verwandten sagen wir bei unserem Scheiden
von hier nach Berlin ein herzliches Lebewohl.
Danzig, den 26. März 1870.
C. Thomaszewski
und Frau. (5651)

Handels-Schule.

Der Sommersemester beginnt am Freitag, den
1. April. Unterrichtszeit: Montag, Dienstag,
Donnerstag, Freitag, Morgens von 6 bis 7 Uhr.
Unterrichtsgegenstände in der 2. Klasse: Schreib-
schriften, deutsche Sprache, kaufmännisches Rechnen.
In der 1. Klasse: Buchführung, Correspondence
rc. Beitrag vierteljährig 3 Thlr. pränumerando.

Die uns mehrfach gewordenen Anerkennungen
mehrerer hiesiger Kaufleute über die guten Kennt-
nisse, die sich deren Lehrlinge in der Handelschule
erworben haben, machen es uns zur Pflicht, so-
wohl unsere Herren Collegen, als auch die Eltern
derjenigen jungen Leute die sich in Detailgeschäften
befinden, wiederholt auf die Nützlichkeit der Schule
aufmerksam zu machen und zur freijigen Benutzung
zu empfehlen!

Schriftliche Anmeldungen bitten wir recht zei-
tig dem Herrn H. E. Axt, Langgasse, zu-
kommen zu lassen.

Der Vorstand der Handelschule.

Neueste Preis-Vergleichungs-Tabelle
des gemessenen Scheffels in Silbergroschen mit
der Tonne von 2000 Pfd. oder 1000 Kilogramm
in Thaler gibt für die verschiedenen holl.
Gewichte von zwei zu zwei Pfund den Preis
pro gemessenen Scheffel und ist besonders
Gutsbesitzern und Aufkäufern zu empfehlen.
Zu haben Mundegasse No. 40 im
Comtoir. (5649)

Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt.

Wir beeilen uns, hierdurch zur allgemeinen
Kenntnis zu bringen, daß wir nach dem Rück-
tritt des Herrn Pieper die Agentur für Neu-
stadt und Umgegend Herrn
Kaufmann Gustav Riese in Neustadt
übertragen haben.

Hochachtungsvoll
Haasen & Stobbe,
General-Agenten
der Leipziger Feuervers.-Anstalt.
Danzig, im März 1870. (5652)

In meiner
Privat-Heilanstalt
finden Kranke jeder Art exel. Tobsüchtige
Aufnahmen. Alle neueren diagnostischen
und therapeutischen Hilfsmittel
zur Vocalbehandlung (Endoscop etc.),
Electrität, als constanter und unter-
brochener Strom, Bäder rc. stehen zur
Fügung.
Sprechstunden Vorm. 9-11 Uhr.
Nachm. 4-5½ Uhr.
Dr. Starck. (5256)

Bufarester 20-Fres.-Obligationen
mit jährlich 6 Ziehungen und Ge-
winnen von Fres. 100,000, 75,000,
50,000 rc.
haben stets vorrätig
Meyer & Gelhorn, Danzig,
Bank u. Wechsel-Geschäft, Langenmarkt 7.
Den Umtausch der Interims-
scheine obiger Obligationen gegen
die Original-Stücke bewirken wir
kostenfrei. (5513)

**Die Seiden-, Wollen-
Färberei und Druckerei
und
Chemische Wasch-Anstalt**
von
J. A. Bischoff, Unterhimedegasse 7,
empfiehlt sich ganz ergebenst zur bevorstehenden
Frühjahrssaison einem gehirten Publikum Dan-
zigs und Umgend.

Dieselbst werden sämtliche Seiden-, Halb-
seiden, Spiken, Blonden aller Art, sowie Double,
Tuch, sämtliche wollene, halbwollene Stoffe in
verschiedensten Farben, als: lichtgrün, lichtblau,
vense, braun, stahlblau und schwarz, ächt auf-
gefärbi, deren Haltbarkeit garantire, ebenso lie-
gen wieder neue Muster zur gefälligen Ansicht.
Desgl. werden Battist, Pique, Kattune aller Art,
gebleicht und mit den modernsten Mustern und
Farben, als: lichtgrün, lichtblau, vense, gelb,
orange, braun und schwarz, waschbar bedruckt,
ebenso empfiehle Gold- und Silberdruck für Tisch-
gedecke. Glanzgardinen werden sauber gewaschen
und die erforderliche Glanzappretur wie neu er-
hielt. (5537)

Bekanntmachung der Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank.

In der öffentlichen Sitzung des Curatoriums und in Gegenwart eines Notars fand heute die
planmäßige Ausloosung von 2 % der unlündbaren Hypotheken-Briefe der pommerschen
Hypotheken-Actien-Bank statt und wurden folgende Nummern gezogen:

a) $\frac{1}{2}$ Prozent

A. 7 a 1000 R.
C. 20 a 200 R.
D. 115, 165, 277 a 100 R.
E. 34 a 50 R.

b) 5 Prozent

A. 49, 70 a 1000 R.
B. 100, 137, 272, 421, 440, 442, 453, 482, 519, 522, 533, 729 a 500 R.
C. 74, 117, 220, 233, 273, 295, 352, 461, 475, 565, 635, 677 a 200 R.
D. 275, 327, 337, 360, 440, 467, 569, 583, 610, 620, 652, 833, 899, 1025, 1086,
1254, 1257, 1264, 1372, 1388, 1416, 1447, 1511, 1577 a 100 R.
E. 16, 54, 79, 231 a 50 R.

Die vorstehenden Hypothekenbriefe werden hiervon zum 1. Juli d. J. gekündigt und erfolgt
deren Einlösung mit 20 % über den Nennwert
bei den Herren Jos. Jaques und Meyer Cohn, in Berlin,

" " Emil Schwarzschild & A. Merzbach, Frankfurt a. M.,

Baum & Liepmann, Danzig,

Gebrüder Guttentag in Breslau.
Marcus Nelken & Sohn, Breslau und Berlin,
S. Mattersdorff in Dresden,
S. Freinkel in Nordhausen und Berlin,
Stephan Lenheim in Gotha,
M. S. Meyer in Magdeburg,
A. Heymann in Stolp

und bei unserer Haupt-Kasse in Cöslin.

In Frankfurt a. M. erfolgt die Einlösung im Geldscheine zu 105. Mit dem 1. Juli d. J. hört
die Verjinsung auf.

Von den am 14. Mai 1869 ausgelosten Hypotheken-Briefen sind noch nicht eingelöst die
4½ % unlündbaren Hypotheken-Briefe Littr. D. No. 295 und 297 a 100 R.

Cöslin, den 18. März 1870.

Pommersche Hypotheken-Actien-Bank.

Die Haupt-Direction.

Im Verlage des Unterzeichneten erschien so eben die 2. vergrößerte Auflage der **neuesten Getreide-Paritäts-Tabellen**, pr. 1000 Kilo von 26 Thlr. an bis 12½ Thlr. für
sämtliche europäische Importländer calculirt, nebst engl. und holl. Frachtentabellen, höchst
practisch für alle **norddeutschen Exporthäfen und Binnenplätze** und bereits
eingeführt in Danzig, Stettin und Königsberg. 16. broschirt. Preis 12½ Sgr. Diejenigen Getreide-
pläne, welche sich noch nicht der **neuen Gewichtsnorm** bedienen, belieben ihre Preis-
notirungen auf 2000 Pfd. umzurechnen. Gegen Posteinzahlung sofortige Franco-Sendung.

Edwin Klitzkowski.

Ausverkauf.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts beabsichtige mein
Waaren-Lager, bestehend in soliden Kleiderstoffen, Creas-Lei-
nen, Bettenschüttungen, Bettbezügen, Parchenden, weissen u.
couleurten Flanellen und Bonen, Tuchen und Buckskins, halb-
wollenen u. baumwollenen Hosenzeugen rc. zu bedeutend herab-
gesetzten Preisen möglichst schnell zu räumen.

Als ganz besonders im Preise herabgesetzt sind: Französische
Long-Shawls, Crêpe-de-chine-Tücher, Plaid-Shawls u. -Tücher,
eine kleine Partie Double-Stoffe u. Waterproof zu Regenröcken.
(5556)

A. C. Stiddig, Langgasse 52.

Mein Grundstück, worin seit einigen zwanzig Jahren mein
Geschäft betrieben, will ich verkaufen oder das Ladenlokal ver-
mieten.

A. C. Stiddig.

Roth, weiß, gelb und schwedisch Kleesaat, engl. franz. u. italien. Raygrass, franz. Luzerne, Timo-
thee, Schafswingel, Seradella und andere Sämereien, gelbe und blaue Lupinen, Saatgetreide,
offerire. (5231)

W. Wirthschaft,

Gr. Gehrbergasse No. 6.

Geschäfts-Verlegung.

Cinem hiesigen wie auswärtigen Publikum sowie meinen werten Kunden die ergebene
Anzeige, daß ich meine Conditorei von der Jopengasse 21 nach Jopengasse 27 verlegt habe.
Das mir seit 3½ Jahren geschenkte Wohlwollen bitte ich auf mein neues Geschäft gütigst
übertragen zu wollen, da ich bemüht sein werde, mir die Zufriedenheit meiner Gäste im
Vollen Maße zu erwerben.

C. Challier.

Auch habe ich den Eingang zum Billardzimmer von der Beutlergasse geöffnet. (5616)

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieftlich der Specialarzt für Epilepsie Doctor O. Killisch in
Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt. (2381)



Avis für Dampfmaschinenbesitzer.

Die Feuerung für jede Art Dampfma-
schine zur Verhütung des Steins, wie Erhal-
tung des Kessels und wobei der Entrepreneur
einen angemessenen Rabatt auf jede 100 Thlr.
durch billiges Brennmaterial erhält, wird in
Entreprise übernommen. Gefällige Adressen in
der Expedition dieser Zeitung unter No. 5631
erbeten.



Lotterie in Frankfurt a. M.

Die Haupt- und Schluzziehung mit Gewinnen
von fl. 200,000, 100,000, 50,000 beginnt am 30
März und endigt am 23. April.

Original-Kauf-Loose

1/4 à 14 R., 1/2 à 28 R., 1/1 à 56 R., offe-
nrein incl. Porto und Schreibgebühren

Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt No. 7.

Neue Messina-Apfelsinen und

-Citronen

erhielt und empfiehlt

G. A. Gehrt, Fleischergasse 87.

Feinste Werder-Taf.-L-Butter

empfiehlt

G. A. Gehrt, Fleischergasse 87.

3000 Thlr. werden zur ersten Stelle gesucht.

Bu erfr. i. d. Exped. d. Ztg. unter 5591.

Schutz der Singvögel.

Eine Anzahl Brutläschen für Singvögel,
angesertigt nach Modellen der Handlung Früh-
auf in Schleusingen im Thüringer Walde, bat
noch abzulassen. (5641)

A. Lenz, Langgarten No. 27.

Kinder das Zahnen leicht und
schmerlos zu befördern

sowie die damit häufig verbundenen ge-
fährlichen Zahntämpfe zu beseitigen, sind
nur allein die von

Brüder Gehrig,

Hoflieferanten und Apotheker 1. Kl.

Berlin, Charlottenstr. 14,

erfundene electro-motorischen Zahnta-
bahnhalssänder, à Stück 10 Sgr., das
einige bewährte Mittel, allen Müttern
dringend zu empfehlen.

In Danzig nur ächt zu haben bei

Albert Nennmann.

Rüb- und Leinfuchen

empfahlen Richd. Düren & Co.,

(3006) Danzig, Poggenpfuhl No. 79.

Frische Rüb- u. Leinfuchen

offerten (2465)

Alexander Makowski & Co.,

Poggenpfuhl No. 77.

Faschinen-Arbeiter

finden noch dauernde Beschäftigung in der Heubu-
der Forn. (5587)

Magnus Eisenstaedt,

Langgasse No. 17.

Zum Porte-épée-Fähnrichs, zum Ein-
jährigen-Freiwilligen-Examen, sowie
zu denjenigen Examina's behufs Eintritt
in die Königliche Marine, wird, mit Ein-
schluß der Mathematik, den gesetzlichen Be-
stimmungen gemäß vorbereitet Sandgrube
Kaninchenberg No. 5, parterre. (5635)

Das erste Hotel einer
nahe der Eisenbahn belegenen Provinzialstadt
Westpreußens, verbunden mit Materialgeschäft,
ist unter für den Käufer sehr günstigen Verhält-
nissen zu verkaufen und erfahren Reflectanten
Näheres in der Expedition dieser Zeitung unter
No. 5629.

Ein fetter Ochse steht auf dem Vorwerk
Neuhof bei Belpkin zum Verkauf.

Ein schöner antiker nussbaum. Wäscheschrank,
mit Schnitzwerk verziert, steht Johanniskirche
No. 40 zum Verkauf.

Mein Gartengrundstück, nahe b. d. Stadt gel.,
welches sich auch zu einer Restauration
eignet, bin ich willens zu verpachten.

Thorn, im März 1870.

C. Pichert,
Maurermeister.

Unterzeichnete reabsichtigt, daß nach dem
Tode ihres Mannes übernommene Hotel
"Deutsches Haus" zu Riesenborg, W. P., zu
verkaufen.

Hierauf Reflectrende bitte ich mündlich
oder schriftlich sich an mich zu wenden.
(4991)

Maria Leon.

Eine ältere Lebens-Versicherungs-Bank
beabsichtigt im Regierungsbezirk Dan-
zig, sowohl in Städten als auch in grö-
ßen ländlichen Ortschaften Agenturen zu
gründen. Reflectanten belieben ihre Adr.
unter 5618 in d. Exped. d. Sta. zu senden.

Knaben-Pension.</p